Wege zu Frieden und Gerechtigkeit für alle – in Israel und Palästina

Ein neuer heißer Krieg ist im Nahen Osten entbrannt. Auf den militärischen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023, in dessen Verlauf es mehr als 1.400 Todesopfer gab und 229 Personen als Geiseln verschleppt wurden, hat Israel mit der vollständigen Abriegelung und einem Dauer-Bombardement des Gazastreifens reagiert.

In den vier Monaten seit Beginn forderte dieser Krieg dort auf Seiten der Bevölkerung weit über 27.000 Tote, allein über 11.500 Kinder und Jugendliche von 0 bis 17 Jahre. Von den mehr als zwei Millionen Bewohnern des Gebietes sind fast alle auf der Flucht, ohne Obdach, ohne ausreichend Wasser und Nahrung, ohne genügend medizinische Versorgung. Im gesamten Gazastreifen, der in etwa die gleiche Fläche hat wie Frankfurt, Offenbach und Hanau zusammen, sind 70% aller Gebäude durch Bombardements, Beschuss und gezielte Sprengungen zerstört oder so stark beschädigt, dass sie nicht mehr genutzt werden können.

Bombardierung der Bevölkerung und Abriegelung des Gazastreifens

Erklärte Ziele von Vertretern der Regierung unter Netanjahu: Die Bekämpfung der Hamas "bis zum letzten Mann". Die Zerstörung aller großen Wohnkomplexe. Die Zerstörung aller öffentlichen Gebäude, die von der Hamas als "Zentralen" genutzt würden. Die ultrarechten und ultraorthodoxen Regierungsvertreter reden offen von einer Vertreibung der Palästinenser aus Gaza und Westjordanland.

Die militärische Bestrafung der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen verstößt offenkundig gegen das Völkerrecht. Südafrika hat wegen des Verdachts des Völkermordes vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) Anklage gegen Israel erhoben und einen sofortigen Waffenstillstand beantragt. Die Klage wurde vom IGH zugelassen, der Antrag auf Verfügung einer Waffenruhe abgelehnt. Allerdings forderte der IGH Israel zu sofortigen Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung in Gaza auf.

Werden diese Schutzmaßnahmen nun durchgeführt?

Das ist nicht der Fall. Ganz im Gegenteil – Deutschland und die USA haben ihre Zahlungen an das Flüchtlingshilfswerk UNRWA, ohne die Hilfe auf Dauer nicht möglich ist, nach dem Urteilsspruch eingestellt, als Israel den Vorwurf erhob, dass einige UNRWA-Mitarbeiter beim Überfall am 7. Oktober Hilfe geleistet hätten. Beweise wurden nicht vorgelegt.

Vom lokalen Konflikt zum Flächenbrand?

Die USA, Großbritannien, Kanada, aber auch die EU, Deutschland und andere unterstützen Israels Kurs weiterhin Fortsetzung auf S. 2

Vortrag und Diskussion mit Fuad Hamdan und Wieland Hoban

Mittwoch, 28. Februar 2024 19:00 Uhr Nachbarschaftshaus Tümpelgarten

Am Tümpelgarten 21, 63452 Hanau

Der Eintritt ist frei.

Am Bürgerhaus gibt es ausreichend Parkplätze.

Busverbindung ab Hanau Freiheitsplatz mit HSB-Linie 2 (ab 18:35, Umstieg Lamboypark in Linie 20, an Plantagenstr. 18:47) oder HSB-Linie 10 (ab 18:45, an Plantagenstr. 18:52, 3 Min. Fußweg).

Veranstalter:

Hanauer Friedensplattform und Verein zur Förderung der Meinungsvielfalt und Völkerverständigung (VMV) Hanau e.V.

V.i.S.d.P.: Erich Ehmes, Hanau



Fuad Hamdan



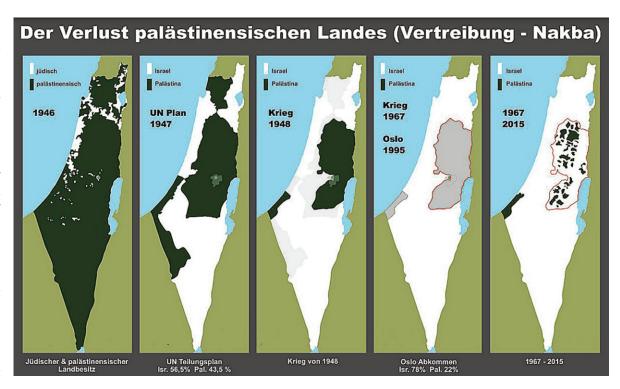
Wieland Hoban

Unsere Referenten: **Fuad Hamdan**, geboren im palästinensischen Flüchtlingslager Kalandia bei Jerusalem, gründete 1986 die jüdisch-palästinensische Dialoggruppe im Dritte-Welt-Café (heute im Eine-Welt-Haus) München.

Wieland Hoban ist Vorsitzender des Vereins "Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" mit Sitz Berlin. Der Verein wurde 2019 mit dem Göttinger Friedenspreis geehrt.

Forts. von S. 1

politisch und durch Waffenlieferungen. Dass sich der Konflikt zu einem Krieg im gesamten Nahen Osten ausweiten könnte, ist unter Fachleuten kaum umstritten – aber auch offensichtlich: Die USA und Großbritannien greifen z.B. die Huthis im Jemen an. Es werden Stellungen pro-iranischer Kräfte in Syrien und im Irak bombardiert.



Ist Israel-Kritik verboten?

Während international die Sorge um die Zivilbevölkerung in Gaza wächst und die bewaffneten Auseinandersetzungen in der Region zunehmend eskalieren, steht die Regierung in Berlin zur bedingungslosen Unterstützung Israels als deutsche Staatsräson. Jeder Kritiker der Netanjahu-Politik läuft in Deutschland Gefahr, als Antisemit verleumdet zu werden. Auch und gerade wenn mit der Kritik der kleinen israelischen Opposition Gehör verschafft werden soll, die sich gegen eine völkerrechtswidrige Besatzungspolitik ihrer Regierung wendet und einen gerechten Frieden mit den Palästinensern will.

Warum wird Solidarität und Mitleid mit den Palästinensern diffamiert?

Wer hinter den Anlässen dieses blutigen Konflikts nach tiefer liegenden Ursachen sucht, wird im Handumdrehen verurteilt und der Relativierung von Verbrechen beschuldigt. Derartige Tabuisierungen erzeugen ein Klima der Angst, sich jenseits der offiziellen israelischen Staatspolitik überhaupt noch zum Krieg in Palästina zu äußern, und sind Gift für jegliche sachliche Befassung mit der Lage in Israel / Palästina.

Daher wollen wir Raum schaffen für die Diskussion von Sichtweisen, die oft unter den Generalverdacht der Terror-Sympathie gestellt werden und schon deshalb in der deutschen Öffentlichkeit und den Mainstream-Medien zu kurz kommen.

Unsere Referenten **Fuad Hamdan** und **Wieland Hoban** haben seit vielen Jahren in und von Deutschland aus dafür gearbeitet, zwischen israelischer und palästinensischer Bevölkerung Brücken des gegenseitigen Verständnisses und der Verständigung zu bauen. Nach ihren kurzen Vorträgen wollen wir daher zwei Fragen besonders zur Diskussion stellen:

Wie kann ein Dialog in Gang kommen?

Und wie könnte eine Lösung aussehen, die Frieden und Gerechtigkeit in die Region bringt?

Berichte und Hintergründe

Auf der Webseite der Hanauer Friedensplattform finden Sie Links zu einer Auswahl von Texten und Videos, die sich mit dem Überfall am 7. Oktober und dem Krieg im Gazastreifen befassen. **Die drei neuesten Beiträge**:

Nakba 2.0? In der Broschüre (35 Seiten) fassen die Autoren zusammen, was über die Flucht, Vertreibung und Enteignung palästinensischer Bevölkerung aus dem heutigen Israel und den seit 1967 besetzten Gebieten bekannt ist. Sie analysieren die Verantwortung Deutschlands und die Optionen für eine friedli-

che und gerechte Zukunft für Israelis und Palästinenser.

Eine bittere Enttäuschung. Eine Einschätzung des Urteils des Internationalen Gerichtshofs IGH vom renommierten Rechtswissenschaftler Norman Paech.

"Nie wieder, für alle". Unter diesem Titel veröffentlichte die Frankfurter NGO medico international ihre vierte Stellungnahme. Darin kritisiert sie scharf die deutsche Rolle in den Verhandlungen des IGH.

https://www.friedensplattform.de/aktuelles

Veranstalter:



E-Mail: info@friedensplattform.de Homepage: www.friedensplattform.de Facebook: Friedensplattform Hanau

und



Verein zur Förderung der Meinungsvielfalt und Völkerverständigung Hanau e.V.